

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Schanzenstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierzehn Pf. — Monatlich 55 Pf. — Postsitzungsliste Nr. 4089, sechster Nachtrag.

Die Einzelabgabe beträgt für die vierseitige Zeitzeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen mit 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Anträge für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 195.

Sonnabend den 20. August 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Sechster internationaler Sozialistenkongress. (Originalbericht des „Lüb. Volksbote“.)

Amsterdam, 18. August.

Fünfter Verhandlungstag.
Da unser Originalbericht über die Vormittagssitzung beiderlicherweise ausgeblieben ist — offenbar ist er fehlgegangen — müssen wir unsere Leser mit einem vorläufigen, der „Frankf. Blt.“ entnommenen, abpeisen. Nach dem Frankfurter Blatt nahm der Kongress bei Beginn seiner Sitzung einen Antrag Ferra an, der dem italienischen Komitee, das die baldige Befreiung der von den Unruhen von 1898 her noch im Gefängnis internierten Italiener anstrebt, seine Sympathie ausdrückt. Eine sehr wichtige Erklärung gab der Präsident des allgemeinen Bundes der englischen Gewerkschaften, namentlich der gesamten in Amsterdam vertretenen englischen Delegationen ab. Sie hätten eingesehen, daß das Verbleiben der Arbeiterschaft in den bürgerlichen politischen Parteien nicht mehr möglich und die Organisation einer selbständigen Arbeiterpartei notwendig sei, daß sie künftig alle nach kontinentalem Beispiel für die Revolutionierung der gesamten Gesellschaft durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel einzutreten. Alsdann wurde über Kolonialpolitik verhandelt.

Mittagsitzung.

In der Diskussion über den Generalstreit erhält zunächst das Wort

Dr. R. Friedeberg, Berlin: Die Frage des Generalstreits ist eine taktische. Deshalb müssen wir, um seinen Wert zu bestimmen, nachsehen, wie weit dieses taktische Mittel dem eigenen Willen des Proletariats unterworfen ist, wie weit es sich aus dem Wesen des Klassenstaates mit Naturnotwendigkeit ergibt, inwieweit es auf Erreichung des Endziels hinweist und geeignet ist, unsere Zulufsstorganisation aufzubauen und zu führen. Wenn wir aus diesen Gesichtspunkten die bisherige Taktik prüfen, die im wesentlichen darauf hinausging, durch den Parlamentarismus die politische Macht zu erobern, so sehen wir zuerst, daß wir dabei auf einem von den herrschenden Klassen geschaffenen Kampffeld fechten, das diese uns jederzeit entziehen können. Der Hauptwert des Parlamentarismus liegt in der Erziehung der Massen, die aber auch in anderer Weise betrieben werden kann. Ueberhaupt ist die Eroberung der politischen Macht uns nur ein Mittel zu dem — ökonomischen — Endzweck. Vor allem aber verbindet der Parlamentarismus das Proletariat notwendigerweise mit den Gesetzen des Klassenstaates. Und selbst arbeiterfreundliche Gesetze haben nie das mindeste zu bedeuten, wenn nicht die ökonomische und psychologische Macht des Proletariats dahinter steht. Solange diesem die eigene ökonomische Organisation fehlt, war der Parlamentarismus ganz nutzlos und man konnte in Deutschland bei dem Gegensatz zwischen Krone, Feudalismus und mobilem Kapital einige Erfolge erringen, die aber bei dem Zusammenschluß der herrschenden Klassen immer kleiner werden müssten. So erweist sich auch die Mauer des Parlamentarismus als hemmender Faktor für die Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung kann die Lage der Arbeiter weit mehr verbessern, als irgend eine gesetzgeberische Aktion je könnte. Denn jene beruhe gerade auf der ökonomischen Unentbehrlichkeit des Arbeiters als Produktionsinstrument. Beim Parlamentarismus hängt man stets von fremden Wählern ab, beim Streit muß jeder mit der ganzen Persönlichkeit hinter den Beschlüssen stehen. Leider ist die städtische Gewerkschaftsbewegung, die Englands, ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden. Die wirkliche Idee des Generalstreits, der Ausdruck der ökonomischen und psychologischen Macht der Arbeiter, ist wertvoll. Sie wird nicht die Organisationsfähigkeit hindern, sie fordert gerade zur Organisation auf! Sie fordert die Erhöhung der Persönlichkeit jedes Einzelnen, die Durchdringung jedes Einzelnen mit dem Klassenbewußtsein. Für die holländische Resolution kann ich und meine deutschen Freunde schon deshalb nicht stimmen, weil sie den Gegensatz zwischen Sozialisten und Anarchisten vertiefen will, statt ihn nach der Aufgabe eines internationalen Kongresses zu verwischen und zu vermindern. (Die Redegest ist abgelaufen. Der Redner muß die Tribüne verlassen. Vereinzelter Beifall bei der französischen Delegation. Auf die englische Übersetzung wird verzichtet, da die englische Delegation einer Sitzungswahl wegen nicht anwesend ist.)

Allmann spricht namentlich seiner sozialrevolutionären Partei Frankreichs die Freude darüber aus, daß die Generalstreitidee in Deutschland jetzt mehr Sympathie findet. (Lachen bei der deutschen Delegation.) Der Generalstreit sei eine Waffe, die nicht gefälscht und vergiftet werden könne, die Zielbewußtsein und Disziplin verlange. Was tut eine Niederlage? Sie könne der Ausgangspunkt größerer Siege sein. Wenn durch die Idee des Generalstreits die Organisationen gefestigt und mit dem Zielbewußtsein Geiste erfüllt

seien, wenn dadurch das Misstrauen gegen die Führer überwunden werde, werde die Arbeiterklasse in schönster Harmonie und vollster Kraft den Kampf für ihre Befreiung führen. (Beifall bei den Allemanisten.)

William Paris (Allemanist) spricht die Überzeugung aus, daß die Sozialdemokratie kein Recht habe, ein so revolutionäres und erfolgsversprechendes Mittel zum Sturze des Klassenstaates wie den Generalstreit zu verschmähen. Nur auf ökonomischem Gebiet könne das Proletariat seinen Befreiungskampf siegreich führen.

Meslier (laurefistischer Abgeordneter) erklärt, daß er für die Resolution der Kommission stimmen werde. Die französischen Arbeiter erblicken häufig in dem Parlamentarismus nur ein Mittel, um politischen Drachizieren und Intriganten vorwärts zu helfen. Diese falsche Wertheilung des Parlamentarismus werde dadurch am besten belämpft, daß die Abgeordneten auch für die neue Idee des Generalstreits eintreten.

Robert Schmidt, Berlin: Ich bin genötigt, als Mitdelegierter Friedebergs ihm einiges zu erwähnen. Es ist eine vollkommen irre Auffassung, daß die Meinung, die er hier vertreten hat, in Deutschland Rezonanzboden findet. (Sehr richtig! b. d. Deutschen.) Ich finde es sehr sonderbar, daß ein Delegierter des Landes, wo der Sozialismus seine überhaupt stärkste parlamentarische Vertiefung errungen hat, behauptet, daß der parlamentarische Kampf nutzlos und überflüssig sei. Das hieße 40 Jahre Arbeit und Kampf der deutschen Sozialdemokratie für nutzlos erklären. Zu dieser Auffassung wird sich die sozialdemokratische Partei Deutschlands niemals bekennen. Wenn Friedeberg das von der Partei der 3 Millionen Stimmen, und der 81 Abgeordneten, der größten und stärksten Partei Deutschlands, annimmt, so zeigt er nur die Unklarheit seiner politischen Auffassung. Ueberhaupt ist seine höchst einseitige, individualistische Auffassung reich mit anarchistischen Unklarheiten durchsetzt. (Sehr wahr! b. d. Deutschen.) Sicherlich ist der Parlamentarismus nicht das einzige Mittel: die deutsche Partei hat von jeher alle Mittel des politischen und wirtschaftlichen Kampfes benutzt. Wenn sie sich treu weist von der einseitigen Überhöhung eines Kampfmittels, so besonders von der des Generalstreits. Wenn er jetzt von zwei Delegierten der deutschen Delegation propagiert wird, so ist diese Unterschätzung des Parlamentarismus im politischen Leben Deutschlands nur eine Szenenblase, die bald zerplatzt. Die deutschen Gewerkschaften haben, wenn sie auf Besserung der Lage der Arbeiter hingewiesen haben, so haben sie damit zugleich in ihrer Klassenlage gestärkt. Wir sind auf dem richtigen Wege, wenn wir in dem ersten wichtigen Kampf, der ersten, unausgeführten Arbeit zur Besserung der Lage der Arbeiter auf parlamentarischem Gebiet und in der Gewerkschaft stehen. Friedeberg sagt, der Generalstreit könne die Klassenherrschaft erschüttern. Er ist aber auch geeignet, das Proletariat zu erschüttern und den Klassenstaat zu beseitigen. Das ist die Nachteile der Frage, die überhaupt erst vor ein paar Wochen von einer kleinen Gruppe in Deutschland zur Diskussion gestellt worden ist. Und selbst in dieser kleinen Gruppe hat sich eine ganze Anzahl von Mitgliedern gegen diese Auffassung des Vorstands gewandt. Die großen deutschen Gewerkschaften mit ihren 900 000 Mitgliedern, die allein eine Stellung in der Gewerkschaftsbewegung innehaben, halten die Frage des Generalstreits überhaupt nicht für diskutabel. Der Kampf des Proletariats um die politische Macht wird nicht durch den Generalstreit, sondern durch die unangesehnte Arbeit auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens entschieden werden. (Lebhafte Beifall, besonders in der deutschen Delegation.)

Ostendorff (Russische Sozialrevolutionäre): Seine Partei teile die Auffassung der Franzosen vom Generalstreit und werde gegen die holländische Resolution stimmen, die zu illusionistisch und dogmatisch sei, weil sie ja die bewußte Instruktion des Volkes im voraus für schädlich halte.

Bleegen-Holland: Der Generalstreit wird uns als neue Waffe empfohlen. Da müssen wir fragen: ist er überhaupt eine Waffe? Das ist er nicht! (Lebhafte Aufführung b. d. Deutschen.) Pfannkuch ruft: Ein Messer ohne Klinge. Der angeblich neue Gedanke stammt aus den Siegelnahmen unserer Bewegung, aus der Zeit vor 20 Jahren, als wir uns noch über die Beteiligung am Parlamentarismus stritten. (Sehr richtig!) Die Einwände gegen den Parlamentarismus sind damals widerlegt worden. Das Proletariat muß die politische Aktion mit aller Kraft aufnehmen, damit es sich zählt und seine Macht empfindet. Niemand hat gesagt, daß wir durch Abstimmungen die sozialistische Gesellschaft einführen werden. Das haben wir nicht in der Hand, um von vornherein sagen zu können, so und so wird es gehen. Gibt der Generalstreitgedanke etwa von den starken Organisationen Deutschlands, Englands oder Dänemarks aus? Nein, er kommt aus Frankreich, wo die Gewerkschaftsbewegung sehr stark ist. (Sehr richtig!) Es ist falsch, verächtlich vom Logenkampf zu sprechen und ihn in Gegensatz zu dem großen Riefe zu stellen. Diese beiden sind eins und können nicht voneinander getrennt werden. Redner erklärt, daß er schon auf dem holländischen Kongress gegen die jetzt vor-

liegende Resolution, die, wenn auch sehr verfaßt und vorstellig, unter bestimmten Bedingungen den Generalstreit empfiehlt, gewesen sei. Man habe ihm entgegengehalten: Wir müssen das Mittel studieren. Studieren wollen wir alle, aber erst wenn wir das Mittel studiert haben, können wir es aufnehmen. Die bisherigen Erfahrungen sprechen sehr gegen den Generalstreit. Er ist weder ein Mittel, noch gar das Mittel des Proletariats. Die Generalstreitidee kann dem Proletariat den Gedanken geben, die tägliche schwere Arbeit, die siebzig Opfer kostet, sei überflüssig; es genüge ein großer Schlag. Wir sollten vor allem die Köpfe klar machen und nicht mehr mehrheitsverständnisse hereinbringen. (Lebhafte Beifall b. d. Deutschen Delegierten.)

Briand (Faurefist): Er und seine Freunde ständen auf dem Boden praktischer Arbeit und deshalb seien sie Anhänger der Organisation des Generalstreits. Das Proletariat muß mit allen Kampfmitteln ausgerüstet werden. Über den Begriff des Generalstreits bestehen sehr unklare Anschauungen und die früheren internationalen Kongresse haben diese Unklarheit nur gesteigert. Der Generalstreit ist nur eine Frage der Taktik. Es ist nicht das einzige, sondern nur eines der Mittel zum Ziel. Wenn der Kongress sich in der Taktik auf den Boden des Klassenkampfes stellt, muß er auch die Waffe des Generalstreits billigen, die den ausgeprägtesten proletarischen Charakter trägt. Es handelt sich nicht darum, alle Arbeiter zu organisieren und dann den großen Schlag zu tun, sondern um die Durchführung eines mehr oder minder ausgedehnten Streiks, der die für das Wirtschaftsfächer besondere wichtigen Industriezweige lähmegt. Man sollte die Idee nicht unfruchtbar kultivieren. Der Generalstreit ist ein Mittel der Einschüchterung und des Drucks, um von der kapitalistischen Gesellschaft Reformen zu erzielen. Weiter ist er das äußerste Widerstandsmittel gegen die politische Entretung der Arbeiterklasse. Man spricht von der Bedrohung des allgemeinen Wahlrechts in Deutschland. Zu welcher Waffe soll dann das Proletariat greifen? Es bleibt ihm nur der Generalstreit. Verstärken sich die Sozialisten dieser Idee, so gewinnen die Anarchisten Einfluß auf die Arbeiterbewegung. Die französische Resolution für den Generalstreit sei sehr vorstellig und schüchtern, und fordere nur zum methodischen Studium des Generalstreits auf. Sollte sie abgelehnt werden, so würde sich seine Gruppe der Abstimmung enthalten. (Lebhafte Beifall b. d. Faurefisten.)

Ber (Metallarbeiter, Wien): Ein Generalstreit, bei dem jede Arbeit zum Stillstand gebracht wird, ist undenkbar. In Frage kommt nur die Einschüchterung der Arbeit durch größere Arbeiterschichten. Gerade in den Ländern, in denen der Generalstreit am meisten propagiert wird, geschieht am wenigsten für die moralische Erziehung des Proletariats. Gerade in den Ländern mit einem gefühllichen Mangel jeglicher Organisation, die doch jetzt die Voraussetzung des Generalstreits sein soll, predigt man schon jetzt den Generalstreit, tut aber nichts zur Stärkung der Organisation. Ja, ohne allen Zweifel, diese Propagatoren des Generalstreits sind in der Provinz die entschiedensten Gegner der Gewerkschaftsbewegung. (Hört, hört!) Sie sind es, die immer darauf hinweisen, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht einmal mit Wirkung zur Organisierung der Arbeiter. Sie sind es, die für die niedrigen Beiträge und gegen den Ausbau unserer kämpfenden Organisationen eintreten. Ja diesem Zusammenhang sage ich: Protestieren wir auf das schärfste gegen die Propagatoren des Generalstreits und klären wir das Proletariat über seine Gefahren auf. Gewiß kann einmal der historische Moment kommen, in dem das Proletariat zur Abwehr reaktionärer Attentate oder zur Erwingung notwendiger Reformen den Generalstreit braucht. Aber dieses äußerste und lehre Mittel kann nicht die Kleinarbeit, die unermüdliche Agitation, den Kampf im Parlament und die Gewerkschaft ersehen. (Stürmischer Beifall, besonders bei den Deutschen und Österreichern.)

In ihrem Schluswort hebt Henriette Roland-Holst hervor, daß die Vorzüglichkeit der holländischen Resolution in der Forderung der Organisation und Disziplin und der überaus scharfen und bestimmten Abwehr des Anarchismus bestanden. Gegenüber Friedeberg und Bleegen lenkt Roland-Holst die Aufmerksamkeit zwischen praktischer täglicher Kleinarbeit und dem Generalstreit als letztem und äußersten. Dem Vertreter der russischen Sozialrevolutionäre hält sie das Fazit der ganzen internationalen Sozialdemokratie zu. Sie fordert, daß der Generalstreit nicht durch die Logenkampf entgegen, bei der unsere Partei, nach Engels bekanntem Wort, rote Bänder bekommt. Unsere Resolution sagt: Der Aufstieg, der Generalstreit ist schwierig; aber er ist vielleicht der einzige Weg, der auf den Berg hinauf führt. (Lebhafte Beifall.)

In der Abstimmung werden die Resolutionen der Allemanisten und Faurefisten für den Generalstreit mit 17 Stimmen der anderen Nationalitäten, gegen 3 dieser beiden Gruppen, der russisch revolutionären Partei und Japans abgelehnt. Die Russen stimmen gegen die allemanistische Resolution und entscheiden sich bei der jüngsten. Mit 36 gegen 4 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen wird dann die holländische Resolution angenommen.

Das internationale Bureau teilt zur morgigen Verhandlung folgende Vorschläge mit: Unter dem Vorstoss von Troelstra - Holland, mit Branting - Schweden, Sigg - Genf und Ansele - Brüssel als Beisitzern über die Taktikfrage, über die Banderbewerbe referiert, zu diskutieren von 9 - 12½ und 2 - 5 Uhr. Bebel und Faures erhalten je 30 Minuten, die anderen Redner 10 Minuten Redezit. Der Kongress stimmt den Vorschlägen zu.

Schluss 6½ hr.

Die Kommission für die Taktik lehnt die vermittelnde Resolution Adler - Banderbewerbe mit 24 gegen 16 Stimmen ab und nimmt die Dresdner Resolution mit 25 Stimmen gegen 3 Stimmen und bei 10 Enthaltungen an. (Wir werden darüber noch ausführlich berichten. Red.)

Stückland und Japan.

Der kommandierende General der japanischen Belagerungsarmee vor Port Arthur meldet, wie amtlich aus Tokio berichtet wird, daß er am 15. August einen Parlamentär zu den feindlichen Vorposten gesandt habe, der eine Mitteilung überreichte, die die Wünsche des Kaisers von Japan zum Ausdruck brachte, die Nicht-Kombattanten freizulassen. Ferner übermittelte der Parlamentär einen Brief, in dem der Besatzung die Übergabe angeraten wurde. Diese Mitteilungen wurden dem Generalstabchef der Garnison ausgetragen, der am 17. August einen russischen Parlamentär mit einer ablehnenden Antwort bezüglich beider Punkte an die Belagerungsarmee sandte. Aus Yokohama wird der "B. Ztg." gedruckt: "Hier ist ein Telegramm aus Tschiu eingetroffen, demzufolge die russische Flotte, die erst am Abend vorher nach Port Arthur zurückgekehrt war, Mittwochmorgen aber mal wieder dem Hafen ausgelaufen war, um sich vor dem Artilleriefeuer der Japaner in Sicherheit zu bringen." Der amerikanische Militärrat attachee, der aus Russland in Tschiu eintraf, teilte mit, daß er von seinem Schiffe aus Donnerstag morgen zwölf englische Kellen von Port Arthur ein schweres Bombardement der Festung durch die Japaner beobachtete, wobei Waffen mit einer feindlichen Wirkung gebraucht wurden. Die Russische Telegraphen-Agentur meldet noch aus Wladivostok: "Das in dem gestrigen Telegramm aus Russland erwähnte Fahrzeug, welches die Japaner mit gefangenen Männern in See gelassen haben, wurde vom Wind an das Ufer von Tschiu getrieben. Das Fahrzeug war mit Frauen und Kindern gefüllt."

Admiral Yamamoto verständigte die japanische Regierung, er habe die Einfahrt von Wladivostok verstopft, und hoffe das Einlaufen der russischen Schiffe zu föhren. Indessen scheint er zu spät gekommen zu sein; denn noch einer russischen Drauftrag sind die beiden Kreuzer des Wladivostok-Schwaders, "Kojo" — der also, entgegen der Meldung des "Central News", nicht untergegangen ist — und "Gromoboi", die nach dem Seegeschäft in der Koreastraße mit Beschädigungen zurückkamen, während der deutsche Kreuzer "Rostislaw" am Mittwoch in Wladivostok eingetroffen. Es befindet sich nun noch der Kreuzer "Pomir" auf dem Wege nach Wladivostok. Nach einer Luftrundschau aus Tokio wurde der Donnerstag auf 12° 40' östlicher Länge und 36° 51' nördlicher Breite mit Rück nach Nordosten gesichtet.

In der Mandchurei scheinen die Japaner die Operationen wieder aufgenommen zu haben. Aus Tientsin wird der "Daily Mail" gemeldet, daß am 15. August sich eine große Schlacht zwischen den Armeen französischer und koreanischer Truppen von Linoyang zu entwenden schien, daß aber ein schwaches Regenwetter die Operationen unmöglich machte.

Die Japaner sind ungeheuren, daß sie nach Shanghai geflohenen russischen Fliegengruppe nicht prominent besiegeln werden, wie es in Tsingtau geschehen ist. Man befürchtet deshalb in Shanghai Zwangsaufmarsch der Japaner. Das "Kreisliche Blatt" meldet aus Shanghai vom 18. August: "Das Einbrechen der japanischen Flotte wurde dort erwartet. Japan sei eindringlich, die sofortige Ausjagd der russischen Schiffe aus Shanghai zu veranlassen oder die Entwaffnung und das Verbünden in Tsingtau zu erzwingen."

Als Besatzungsparte der in Tsingtau (Tsingtau) bekarrierten russischen Fliegengruppe kommen etwa 1000 Männer in Betracht. Das deutsche Gouvernement wird diese Russen aus Tsingtau internieren, bis endgültige Behandlungen getroffen sind. Nach einer Depeche aus Tsingtau bringen sowohl ein japanischer Kreuzer und vier Torpedoboote vor der chinesischen Stadt, um die im Hafen liegenden beschädigte russische Schiffe zu übernehmen. Außerdem reisen zwei weitere auch ein deutscher Kreuzer und zwei Torpedoboote in der chinesischen Stadt, um jeden etwaigen Übergriff der Japaner zu verhindern.

Bei der Dammung der Passeade des Dampfers "Prinz Heinrich" ergab sich nach dem "Daily Express" das Fehlen von Briefen japanischer Agenten aus Neapel.

Der englische Gesandter in Malta erließ am 13. 1. 1895 eine Bekanntmachung, welche die bei Anfang des letzten japanischen Kriegs erzeugten Problematiken abdeckt. Hierin wird dem japanischen Reich die Lieferung von Kohlen und Lebensmitteln an kriegsführende Schiffe gestattet, wobei jetzt entschieden ist, daß Lieferungen solche Schiffe zur Bewaffnung zu dienen. Lieferungen sind nur dann, wo Schiffe wegen wichtiger Seeschäden gestoppt seien.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der zweite Kolonialkongress. In der "Sal. Zeitung" steht jetzt Herr A. Hartmann, der Name des jüngsten Deutschen, der einen Ritter in Deutsch-Südwestafrika ermordet habe, ohne daß ein Zeuge des Justizbuchs Groeneveld berücksichtigt worden sei. Der Ritter war nach der "Sal. Zeitung" nach vorne gelaufen, um Schiffe wegen wichtiger Seeschäden gestoppt zu haben.

von Behanien, Sanitätsunteroffizier Rossat, und der Distriktschef von Behanien, Baron von Stempel, sei der Beamte gewesen, welcher der Zeitung Groenevelds keine Folge gegeben haben soll. Nach der "Sal. Zeitung" ist der Tod des Negers mit geradezu rassierter Grausamkeit herbeigeführt worden; das Blatt schreibt: "Der Mann erhält auf Befehl des Rossat in der angeführten Zeit nur dreimal Nahrung, und zwar am ersten Tage seiner Inhaftnahme. Vom Dienstag bis zum Sonnabend, dem Todesstage, bekam er nichts, wohl aber verschließe Rossat, den Erschöpften an einem eisigen Septemberabend im Schatten einer Mauer dadurch zur Arbeit zu erzwingen, daß er den frumming geschlossenen Mann mit kaltem Wasser so lange übergoss, bis er in einem Tümpel lag. Um den Abfluß des Wassers zu verhindern, führte man um den an der Mauer liegenden Neger einen Erdwall auf und stach ihn so zu Tode, da Rossat Sorge trug, daß keiner vorwärts der Sonnenstrahl den Mann treffen dürfe. Rossat hat nach seiner Entfernung von Behanien in Windhuk weitere Dienste in seiner Charge geleistet. Von einer ausreichenden Bestrafung für seine Tat ist nichts bekannt geworden. Die Empörung über letztere hat Groeneveld veranlaßt, sich an die Presse zu wenden." Die Kolonialabteilung sei von Anbeginn an bemüht gewesen, Groeneveld zu seinem Rechte zu verhelfen. Im ganzen seien von ihr u. a. fünf Aufforderungen erlassen worden, den von Stempel über Groeneveld verhängten Boykott aufzuheben. Die ausübenden Organe im Schutzgebiet, darunter auch der Gouverneur Leutwein, hätten aber den klaren Auordnungen ihrer vorgesetzten Behörde keine Beachtung geschenkt. Nachdem endlich auf Befehl der Kolonialabteilung die Militärverwaltung von Behanien aus Unzufriedenheit ihrer Verschwendungen in eine Militärverwaltung umgewandelt worden war, erließ v. Stempel in Windhuk das Ehrenamt eines persönlichen Adjutanten des Gouverneurs. Der Richter, der die schweren Strafen gegen Groeneveld ausgesprochen hat, sei der Referendar Dr. Merensky gewesen. Nachdem das Windhuker Obergericht Groenevelds Strafen fast auf ein Nichts herabgewandert hatte im Vergleich zu dem von dem Kleinkneipper Gericht ausgesprochenen Urteil, habe man von dem Schutzgebiet aus versucht, den Mann auf eine andere Weise unmöglich zu machen. In einem Artikel des "Nieuwe Rotterdamer Courant", der in mehrere deutsche Zeitungen überging, beschuldigte man ihn, den Sonderwagen geliefert und so zum Aufstand dieser beigetragen zu haben. Die Behauptung wurde von dem Hamburger Kaufmann J. W. Myhr, dem Geschäftsfreunde Groenevelds, als unwahr erwiesen. — Die Anklage, die hier von Herschitsch gegen den Sanitätsunteroffizier Rossat und Leutnant v. Stempel ausgesprochen wird, ist so schwer, daß sich die Regierung jetzt nicht der Pflicht entziehen kann, sehr bald dazu Stellung zu nehmen. Daß der Reichstag bei geeigneter Gelegenheit sich mit der Angelegenheit befassen wird, darf man als selbstverständlich annehmen.

Einer sozialdemokratischen Gemeindevertreter wählte nach dem "Brot" die soziale Landgemeinde in die Wölfe. Gewohne Emil Brand erhält in der Stichwahl 158 Stimmen gegen 133, die der bisherige Gemeindevertreter erhält.

Blinder Lärm. Von der Auslieferung des Dr. Rakowski, des früheren Chefredakteurs der polnischen "Presse", an England hatten bekanntlich politische Blätter berichtet. Die Nachricht trifft nicht zu, vielmehr sagt Dr. Rakowski nach dem Gefangenisse zu Wronke (Polen). Seine Strafzeit dauert noch bis zum Dezember des Jahres.

Vom Herero-Krieg. Daß mit den Siegen des Generals v. Trotha über die Hereros am Waterberg der Krieg in Deutsch-Südwestafrika noch lange nicht beendet ist, spricht ein schwer veröffentlichter Brief Oberst Leutwein an die "Branschweiger R. R." sehr deutlich. In dem aus Windhoek, 6. Juli, datierten Brief heißt es: "Ob die jetzt im Schutzgebiet befindliche Truppenmasse zur Niederwerfung der Herero genügen wird, hängt von einem Faktor ab, welches wie alle nicht zu übersehen vermögen, nämlich von dem Revolutionsgeist der Hereros. Es wenn deren Leute Patronen verschossen ist, wird der Krieg zu Ende sein. Dies schließt aber nicht aus, daß sie dann mit Karabinern und sonstigen Handwaffen den Krieg fortsetzen und so noch auf Jahr lang den Kampfbetrieb läßt. Ich hoffe und würde, daß es nicht so kommt, aber ich fürchte es. In Kolonialkriegen ist eben nicht das Ziel des Gegners das Schwierigste, sondern die Wiederherstellung des Friedens." In der "Sächsischen Zeitung" und in anderen staatsschaltenden Blättern werden zwischen bereit die Hereroführer aufgezeigt und die Hererohelden an die Damara, Hottentotten und die anderen trengeliebenen Stämme verteilt. Die Herero, auch die christlichen, sollen aus dem Buche des Christentums ausgelöscht werden. Christliche Liebe gelte, so heißt es, bei den Bildern als Schwäche. Da bleibt dann jedoch auch auf deutscher Seite nichts anderes übrig, als das Christentum über Bord zu werfen und auch wild zu werden. Aber wir wollen doch wenigstens damit warten, bis Christus die Herero willigt hat.

Steine politische Nachrichten. Die letzte Nummer des "Beobachter an der Elbe" in Dresden wurde wegen Bekleidung des Königs von Sachsen beschlagnahmt. Ein wegen Misshandlung Untergebener bestrafter Unteroffizier des Artillerieregiments zu Burzen, mit dem man nicht weiter konfrontieren wollte, hat sich erschossen. — Begegnung der Friedeckung mit einer Schrift wurde auf Seite Louise Liebsch in Hamburg b. Essen 300 Arbeitern gekündigt. — Der Gesetzestag erhielt vom vierten bayerischen Infanterieregiment in Regensburg sich mit seinem Zusammengang aus fürcht vor Strafe. Es war eine Anzeige seines Felswelsls gegen ihn wegen Soldatenmisshandlung eingeläufen. — Während eines Manövers des bayerischen Heeres im Großen Weltkrieg die Torpedoboote "Hannover" und "Störte" zusammen. Ersteres sank; die Besatzung ist gerettet. — Die großen französischen Kanonen des 7. und 8. Korps, welche im Departement Côte d'Or stationiert waren, sollen wegen Wassermangels aus. — Wie aus Elberfeld-Zentrum (Düsseldorf) gemeldet wird, verhinderte Mittwoch die Verfolgung in Amburgh die Berichterstattung der Uralianerinnen und gegen den übermächtigen Gouverneur-Direktor und den Reichskanzler an. — Im Danziger Hafen hatten italienische Askari ein

siegreiches Gefecht mit Einwohnern zu befehligen, die große Verluste erlitten. — Die Außändigen in Paraguay beschlossen 20 Minuten lang die Stadt Assuncion. Das diplomatische Corps intervenierte, und erlangte einen 24stündigen Waffenstillstand.

Österreich-Ungarn.

Der Müllerstreik in Budapest. Nachdem sämtliche Mühlhäuser die Forderungen ihrer Arbeiter betrifft, Lohnsteigerung und Einhaltung der Sonntagsruhe abgelehnt, und Donnerstag 3500 Mühlarbeiter in Streik getreten. Die Arbeit ruht in sämtlichen Mühlern.

Amerika.

Kulturmampf in Ecuador. Einer haben Meldung aus Guayaquil zufolge überholte die Kammer von Ecuador der Regierung einen Antrag, betreffend Errichtung der Kirche vom Staat und Konfiszierung der Kirchengüter.

Welt am Montagmorgen.

Freitag, den 19. August 1904.

Das Vaterland ist gerettet! Unlänglich der Einquartierung von Mannschaften des in Neumünster garnisierten Infanterie-Regiments hatte man auch zum nicht geringen Erstaunen mancher Leute, den Dekonomen des Vereinshauses, Gen. Stolle, auf 8 Tage mit einem Steuerpflaster bedacht. Die vielfach verbreitete Meinung, daß das Haus, in dem das rote Gift hausweise lagert, der Ansteckungsgefahr halber keinen Vaterlandsverteidiger beherbergen könnte, war durch diese Tatsache als irrite gekennzeichnet worden. Mit Schrecken sahen ehrlame Spieler, wie ab Montag dieser Woche in der "Bruistätte der Oberförster Sozialdemokratie" ein Soldat eins und ausging. Um Geiste malten sie sich bereits schreckliche Bilder von dem Vaterland drohenden Gefahr aus und beteten ansnahmsweise wieder einmal zu ihrem Gott, daß er doch das Unheil abwenden möge. Und siehe da, das half! Am Mittwoch, also nach 2 Tagen, wurde der Vaterlandsverteidiger plötzlich umquartiert. Das Vaterland war gerettet!

Unlänglich erging es einem bekannten Wirt in der Hundestraße. Dieser hatte auf sein Ansuchen mehrere Soldaten in Quartier erhalten und sich selbstverständlich beim Einlauf von Nahrungsmitteln u. s. hierauf gerichtet. Groß war sein Erstaunen, als auch bei ihm am Mittwoch die Umquartierung erfolgte. Der Wirt hat durch diese Maßnahme der Militärbehörde selbstredend eine nicht unerhebliche Schädigung erlitten, da er als freiwilliger Quartiergeber außer dem Quartiersgeld auch noch die Ausquartierungsgelder erhielt.

Und was war die Ursache dieser Maßnahmen? Soviel Genosse Stolle resp. das Vereinshaus als auch der vorbenannte Wirt stehen auf der Liste der für das Militär boykottierten Lokale. Während Gen. Stolle hiervom zufällig Kenntnis hatte, war es dem Wirt in der Hundestraße nicht bekannt. Er erfuhr es erst, als er sich über das Vorgehen der Militärbehörde beschwerte. Dieser Umstand läßt es als unbedingt notwendig erscheinen, daß mindestens den Wirten, welche vom Militärboykott betroffen werden, hier von Kenntnis gegeben wird, wann man es nicht vorzieht, die verfehlten Lokale öffentlich bekannt zu geben. — Auffällig erscheint es uns, daß die Einquartierungsbehörde nicht vor der Einquartierung dahin informiert wird, welche Lokale resp. Wirt nach Meinung der Militärbehörde vom Sozialistenbazillus infiziert sind. Dann könnte sich doch nicht das kuriose Schauspiel ereignen, daß Soldaten in Lokalen beherbergt werden, in denen ihnen sonst der Betritt verboten ist.

So ist denn das Unheil abgewendet worden; ob noch rechtzeitig genug, das können wir natürlich nicht beurteilen. Und dennoch besteht noch eine große Gefahr für das Vaterland. Mehrere Geschäftsläden und Genossen, die als Sozialdemokraten bekannt sind, haben gleichzeitig Einquartierung bekommen. Ob die Militärbehörde gar nicht befürchtet, daß auch von dieser Seite aus eine Unruhe erfolgen kann? Vielleicht beantwortet uns Herr Generalmajor von Binsingen einmal diese Frage.

Verschwunden sind aus Gutin zwei Kellnerlehrlinge. Der eine ist 16 Jahre alt, von schlanker Gestalt, hat hellblondes Haar, graue Augen und etwas schleppenden Gang; der andere ist 15 Jahre alt, schlank, hat dunkelblondes Haar, graue Augen und ist dadurch besonders kennlich, daß er über dem rechten Auge eine Flechte hat. Beide tragen dunkle Kleidung; einer soll eine kleine Handtasche bei sich führen. Die beunruhigten Eltern bitten, Nachforschungen nach den Verschwundenen anzustellen und sichern eine Belohnung von je 10 Mark dem zu, der über den gegenwärtigen Aufenthalt derselben Auskunft gibt. Meldungen sind an das Polizeiamt in Gutin zu richten.

Aus dem Gerichtssaal. Einem unverhofften Anfang nahm gestern eine Verhandlung vor der Ferientrafsammer. Der Arbeiter Sommer war, wie unseres Lesers wohl noch bekannt sein dürfte, von dem Schöffengericht wegen tödlicher und wortlicher Beleidigung der Tochter einer Brothfrau zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte die Beleidigte zu vergewaltigen versucht und dann diese, sowie deren Mutter mit Schimpftorten traktiert. Trotzdem S. schon einmal wegen desselben Deliktes vorbestraft war, erschien ihm diese Strafe noch zu hoch. Er legte Berufung ein. Die Strafsammer erhöhte jedoch die Strafe auf ein Jahr Gefängnis. Das hat er sich jedenfalls auch nicht träumen lassen. — Mehr Glück hatte der Böttcher L., der wegen Bedrohung vom Schöffengericht zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden war. Die Strafsammer erkannte auf Freiprechung. — Eine Schwester in stand alsdann in der Person der geschiedenen Ehefrau Sch. vor den Schranken des Gerichts. Sie erwiderte sich von verschiedenen Armeyleuten unter der falschen Angabe, sie wohne in deren Bezirk, ihr Mann sei im Buchhaus und sie hätte deshalb kein Geld zum Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder, verschiedene Unterstützungen in bar und Anreitung auf Lebensmittel. Dabei ist sie von ihrem Mann geschieden und hat gar keine Kinder zu ernähren. Die vorbestrafte Angeklagte will aus Not gehandelt haben. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis.

Der Familiennname Böllig ist dem Arbeiter C. H. Böllig vom Senat verliehen worden.

Zum gerichtlichen Verkauf gelangt am 11. Oktober das Dauwartsgrub 45 belegene Grundstück des h. o. Stein.

z. B. vier Fahrradrahmen an einem Tage. Am 18. d. Mon. vormittags, wurde aus dem Kellerraume des Gewerbeobjekts am Domkirchhof gestohlen: ein Fahrrad Mod. Adler Nr. 30, mit dem vom Polizeiamt gelieferten Kennungsnummer 6071 mit schwarzem Gestell, ebensolchen Schuhschlägen, gelben Felgen, nach oben gebogenen Lenkstange und Lenkernhalter, der an einer Seite abge-

brochen ist. Am Rade befindet sich eine Kettenbüste "Sir Fahrrad, Marke Brennabor", fast neu, mit der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 5498, der Fabriknummer 819 092, schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach unten gebogener Lenkstange, ohne Schutzbleche. Die Bremse befindet sich in der Lenkstange. Das große Fahrrad hat 44 Zähne, das kleine 15 Zähne. Des weiteren wurden am selben Tage gestohlen: Nachmittags gegen 1½ Uhr, vom Flur des Hauses hinter St. Petri Nr. 7, ein Fahrrad, an dem die Marke nicht mehr sichtbar ist, mit schwarzem Gestell, schwarzen Felgen, nach unten gebogener Lenkstange, und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 6450. Es ist mit Freilaufvorrichtung versehen. Nachmittags gegen 2 Uhr vom Flur des Hauses Sandstraße Nr. 17, ein Fahrrad, Marke "Dürrkopf", mit schwarzem Gestell, dunklen Felgen, der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 3723 und der Fabriknummer 187 689.

Am 17. d. M. nachmittags 4½ Uhr entschließt saft nach langem Leiden unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante Christine Nielsch im 30. Lebensjahr. Tiefbetrüft und von uns allen.

Wilh. Nielsch. Karl Nielsch u. Familie. Die Beerdigung findet Montag d. 22. d. M. morg 8½ Uhr von der Kapelle des Alten Gotteshauses aus statt. Beginn der Trauerfeier 8¾ Uhr.

Gesucht Mädchen, welches Ostern die Schule verlassen hat, oder größeres Mädchen für die Nachmittagskunden. Gevorderdestraße 11, part.

Ein guterhalterer Badel-Osen billig zu verkaufen. An der Mauer 104, Ecke Steinenstraße.

Lübecks
ältestes und größtes Spezial-
Arbeiter-

Garderoben-Geschäft von Louis Levy
empfiehlt

Männer-Schutzhosen
Mt. 2 75, 3 50, 4 50, 5, 5 50—9 00.

Zimmerer-Schutzhosen
Mt. 3, 3 50, 4 50, 5 50, 6 50—10 00

Zimmerer-Westen

Mt. 3, 3 50, 4, 4 50, 5.

Schlösser-Schutzhosen

Mt. 2 75, 3, 3 50, 4 50, 5 50, 6 00.

Berufs-Kleider

für jedes Gewerbe.

Größte Auswahl
billigste Preise.

Maßanfertigung ohne Preiserhöhung

5 Klingenberg 5

Ecke Marlesgrube.

Brautleuten

empfiehlt mein großes Lager in

Möbeln,

Spiegeln

und

Polsterwaren

von großer dauerhafter Arbeit.

Carl Folekers

Möbelmagazin,

25 Marlesgrube 25.

Hochmoderne Trauringe

585 gestempelt

empfiehlt

Aug. Büttner, 32 Hügstraße 32.

Uhren-, Gold- und Silberwarenhandlung.

Geschäfts-Verlegung

Wegen

nach Königstraße 89

gegenüber meinem jetzigen Geschäftsl-

lokal

Total-Ausverkauf

bis Anfang Oktober.

Während dieser Zeit gebe ich

doppelte grüne Rabattmarken

Rehne Bücher für Mt. 5 und 10 in Zahlung.

Harry Dahn

Königstraße 91, Ecke Wohlstr.

billigste Bezugsquelle

sämtlicher Manufakturwaren.

pb. Wiederangeschafft. Ein in der vorigen Woche, von einer bei Israelsdorf liegenden Schule gestohlenes Fahrrad wurde am Montag auf dem Steinhof des hierigen Bauamtes wiedergefunden.

pb. Festgenommen wurde ein mehrfach vorbestrafter, früherer Leichtmatrose aus Weimar, der sich in einem hierigen Gasthofe, des Betruges und der Urkundenfälschung schuldig machte.

Dannersdorf. Infolge eines Blitzschlags wurde Donnerstagabend ein von drei Familien bewohnter Arbeiterviertel total eingeebnet. Kleine Chronik der Nachbarschaft. Der Marinezahlmeister Gründl vom Kanonenboot "Habicht" wurde nach einer Kielser Meldung wegen Verdachts der Unterschlagung von Südwestafrika heimberufen. Auf der Heimreise ist er vom Dampfer "Herzog" entflohen. Eine große Feuerbrunst wütet seit Mittwochnachmittag in dem Dorfe Buttgaarden auf Fehmarn. Das Feuer entstand in

einer dem Besitzer J. Wulf gehörenden Scheune und legte in wenigen Minuten die Scheune in Flammen. Sodann sprang das Feuer zu der südlich im Dorfe liegenden Katenreihe über und dann geriet noch die große mit Stroh bedeckte Scheune des Herrn Stahnsberg in Brand. Insgesamt sind 8 Gebäude, 3 Scheunen und 5 Wohnungen ein Raub der Flammen geworden.

Legte Nachrichten.

Hanau. Ungetreuer Briefträger. Die Polizei verhaftete den hier stationierten Briefträger Schmidt unter dem Verdacht, Brief u. Umschläge in sein Liegende Wertpapiere entwendet zu haben. Auf diese Weise soll Schmidt Wertpapiere, Scheine u. dergl. über mehrere tausend Mark veruntreut haben, welche er durch seine Schwester bei auswärtigen Bankinstituten unterbringen ließ. Die Schwester Schmidt wurde deshalb auch verhaftet.

Möbel

jeder Art, Betten, Sofas, Garnituren.

Spezialität:

Größe Einrichtungen.

AIRZÜGE

für Herren, Burschen und Kinder.

Damen-Kragen und Jackets auf

Kredit

empfiehlt

bei geringer Auszahlung und selbstbestimmender wöchentl. 14-tägiger oder monatl. Abzahlung

S. Sachs

Lübeck.

Hügstr. 41.

Frische Eier, 14 Stück 60 Pf.

Trink-Eier 10 Stück 60 Pf., Feinste Meicreibutter Pfund 110, 120, 130 Pf.

Holländischen, Schweizer, Tilsiter Vollfett Pf. 60 Pf.

Holsteinischen Bruchfäße Pf. 15 u. 20 Pf.

Hans Wegener

Käse- und Fettwaren-Kaufhaus.

obere Wahnstraße 10.

Ger. Wurst Pf. 80 Pf.

Winterware —

empfiehlt

Wilh. Carstens, Heierstr. 13.

Nichtung Schmiede!

Extra-Versammlung

am Sonnabend den 20. d. Mts.

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannastr. 50/52

Tagess-Ordnung:

1. Einführung der Krankenunterstützung im Verband.

2. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband

Beratungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend den 20. d. Mts.

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannastr. 50/52

Tagess-Ordnung:

1. Die Wissenschaft und die Arbeiter.

Vortrag: Gen. J. Stelling.

2. Abrechnung vom Sommervergnügen.

3. Innere Verbandsangelegenheiten.

4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Samson & Co.

Photographisches Atelier I. Ranges

mit billigen Preisen

39 Breitestrasse 39

Die Ausstellung unseres Ateliers ist musterhaft, hochfeine, wirkungsvolle Hintergründe, geschmackvolle, moderne Dekorationsgegenstände, verbunden mit brillanten Lichtverhältnissen, sichern Ihnen in jeder Beziehung ein tüchtliches Porträt.

Für Haltbarkeit unserer Bilder übernehmen wir

dieselbe Garantie wie sämtliche hiesige Photographen.

Aufnahmen finden bei jeder Witterung statt.

12 Visites bei tadeloser Ausführung von 1.80 Mk. an

12 Cabinets " " " 4.90 " "

Pfaffenspiegel

Neueste Auslage.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Kartoffeln

das feinst, was es gibt.

100 Pf. 3.40 Mt., 50 Pf. 1.80 Mt.

Karl Voss, Holstenstraße 27.

ff. mag. Spießbraten,

warme Knackwurst,

— ff. Leberwurst —

täglich frisch

Carl Hamann

Breitestrasse 22.

Ia. fetten Speck pr. Pf. 60 Pf.

„ magern Speck " 60 "

„ weisses Schmalz " 60 "

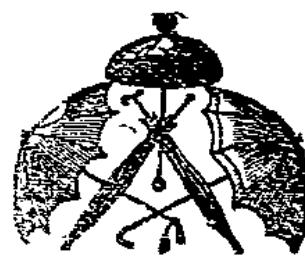
„ ger. Mettw. Pf. 0.80 u. 1.00 M.

M. Lahrtz, Fleisch- u. Wurst-

warenfabrik.

Gerau 248 Hauptgeschäft: Söderstrasse 16.

Gäste: Holstenstraße 10.



Schirmfabrik H. Stoppelmann

Lübeck, Königstrasse 73, Eingang Hüxstr.

Große Auswahl am Platze. Billigste Preise.

Eigenes Fabrikat. — Solide Ausführung

Werkstatt für Reparaturen und Bezüge.

Gebe auf jedes Stück grüne Rabattmarken.

Aepfel und Birnen

Ganz vorzügl. Kochäpfel

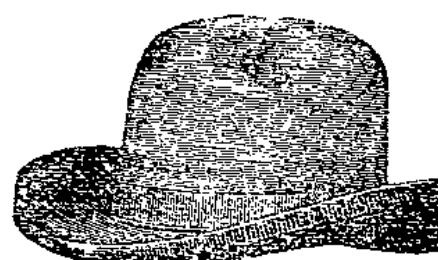
2 Liter 10 Pf., 5 Liter 20 Pf., oder in Tüten
Pfund 5 Pf., 5 Pfund 20 Pf.

f. Ess- und Kochbirnen

2 Liter 15 Pf., 5 Liter 30 Pf., oder in Tüten
Pfund 6 Pf., 5 Pfund 25 Pf.

Karl Voss, nur
Holstenstrasse 27.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.



Hutbazar H. Stoppelmann

Königstrasse 73, Eingang Hüxstr.

Die modernen Hüte sind wieder eingetroffen.

Deutsche, engl., ital. Fabrikate zu konkurrenzlos billigsten Preisen.
Sege-Klub- und Sport-Hüten.

Gebe auf jedes Stück grüne Rabattmarken.

Während Umbau grosser

Räumungs-Ausverkauf

Kinderstühle statt 50 jetzt 38 Pf. Tassen ff. Def. statt 40 nur 18 Pf.
Klammer 60 St. statt 15 jetzt 12 Pf. Tassen, echt Porzellan, jetzt 4 St. 50 Pf.
Dentwagen . . . jetzt nur 23 Pf. Milchtöpfe mit Defor., 6 Stück 50 Pf.
Kaffeeservice, Essservice, Waschgarnituren 10 % Rabatt.

Riesen-Bazar

Pietro Cagna.

Breitestraße 33.

Breitestraße 33.

Empfehlungs-Karten

Die Buchdruckerei des Lübecker Volksb.

Die Vertrauensleute oder Vorstände, welche Karten zum Gewerkschaftsfest in Betrieb übernommen hatten, werden ersucht, sich in der nächsten Woche am

Montag, Dienstag oder Mittwoch

abend

von 8 Uhr ab im Vereinshaus be-
hufs Abrechnung einzufinden. Die
Kassierer des Festkomitees sind an-
wesend.

Das Komitee.

I. O. G. T.

Die Loge „Räste nie“ Nr. 628
zu Stockelsdorf feiert
am Sonntag den 21. dss. Mis.

ihre
erstes Stiftungsfest u. Ball

in den herrlichen Räumen der Brauerei
Fackenburg.

Anfang des Gartenkonzerts 4 Uhr, verbunden
mit Kindervergnügen, Preischießen u. Preiskugeln,
Tombola.

Eintrittskarte 60 Pf., Gartenkonzert allein 20 Pf.

Hierzu laden alle Freunde und Gönter herzlich
ein.

Die Loge „Räste nie“ 628.

Arbeiter-Radsahr.-Verein Lübeck
Frühstückstour
am Sonntag den 21. August, morgens 7
Uhr, vom Vereinshaus, Johannisstraße,
nach Hohenstiege. Der Vorstand.

St. Lorenz-Bierhalle.

Zur Einweihung
meiner neu renovierten und ver-
größerten Lokalitäten
am Sonntag den 21. August 1904
lode freundlich ein.

Gust. Lorenzen, Margarethenstr. 9.

N.B. Empfiehlt mein Lokal, ca. 200 Personen
fassend, zu Hochzeiten, Feestlichkeiten u. c.

D. O.

Travemünde.

Bogelschießen

am Sonntag den 21.

u. Montag den 22. August

mit am Montag nachfolgendem Ball
wohr freudlich einladet

G. Kähler.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 195.

Sonnabend, den 20. August 1904.

11. Jahrgang

Bericht des Vorstandes an den Parteitag zu Bremen 1904.

(Fortsetzung.)

Landtagswahlen haben im Berichtsjahre stattgefunden in Sachsen-Meiningen am 5. Oktober, im Königreich Sachsen am 8. Oktober, in Baden am 30. Oktober, in Sachsen-Weimar vom 6. bis 30. November, in Preußen am 12. November, in Sachsen-Altenburg am 16. April und in Sachsen-Abenburg-Gotha am 11. Juni. Den Landtagswahlen zuzählen sind die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft, die am 12. Februar stattfanden und die Wahlen zu den reichsländischen Bezirkstagen, die am 20. Oktober in Straßburg und am 8. November in Mühlhausen vollzogen wurden.

In Baden wurde der seitliche Besitzstand — 6 Mandate — behauptet. Pforzheim verlor die Partei, dafür wurde Karlsruhe-Land gewonnen. Außerdem brachte die Wahl noch eine Personalverschiebung, indem in Durlach an Stelle des bisherigen Abgeordneten Genosse Friedrich Genosse Horst gewählt wurde. In Mannheim wurden an Stelle des verzögerten Genossen Geiß und des eine Wiederwahl ablehnenden Genossen Drechsler die Genossen Lehmann und Süßkind gewählt.

Desgleichen behaupteten die Genossen in Sachsen-Weimar den Besitzstand. Die Genossen Baudert-Apolda und Heldt-Simmenau wurden wiedergewählt.

Auch in Sachsen-Meiningen behaupteten die Genossen ihren Besitzstand mit sechs Mandaten. Wahlen ging zwar verloren, dafür wurde aber der Kreis Pößneck erobert.

Den Genossen in Sachsen (im Oktober) wie auch den Genossen in Preußen (am 12. November) war es unter dem Dreiklassenwahlrecht nicht möglich, ein Mandat zu gewinnen. Durch das erzielte negative Resultat sind weder die Genossen in Sachsen noch die in Preußen entmachtigt, vielmehr hat namentlich die glänzende Stimmenzahl, die in Berlin und in einer Anzahl anderer preußischer Städte die Partei erlangte, gezeigt, daß unter Umständen selbst unter dem elenden Dreiklassenwahlrecht Siege möglich sind. Wäre die Haltung des Liberalismus nicht eine gar so erbärmliche gewesen, Überale und Sozialdemokratie hätten den Vorteil gehabt. Ein Antrag auf der sächsischen Landeskonferenz, „sich künftig nicht mehr an den Landtagswahlen zu beteiligen“, fand nicht die nötige Unterstützung. Wie auch immer die Reaktionäre beider Staaten versuchen werden, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht dem Volke vorzuenthalten, der Kampf für dies grundlegende Volksrecht wird von den Genossen mit gesteigerter Kraft geführt werden.

Einen glänzenden Sieg erfocht die Genossen Hamburgs am 12. Februar, an dem die Wahlen für die halb-sächsische Erneuerung der Bürgerschaft — dem geschiedenden Körper des Staates — stattfand. Die Partei, die bis dahin nur einen Vertreter, den Genossen Stolten, in der Bürgerschaft beßt, gewann zwölf Mandate und stand in sechs Wahlbezirken zur Stichwahl. In diesen wurde kein Mandat erobert. Die Wahl in Hamburg bedeutete einen Rück nach links. Die Sitze wurden der „Linken“ und den Nationalen abgenommen. Letztere hielten ihre sämtlichen Mandate ein. Der Sieg der Hamburger Genossen war das Resultat jahrelanger, zäher Tätigkeit in der Erwerbung des Bürgerrechts, an das das Wahlrecht gebunden ist.

Im Herzogtum Sachsen-Altenburg ist es den Genossen am 16. April nicht gelungen, ihren Besitzstand zu behaupten. Trotz einer wesentlichen Erhöhung der Stimmen hielten wir einen Sitz ein. Die Genossen Buchwald, Käppeler und Horn wurden wiedergewählt.

In den Reichslanden wurde in Straßburg am 20. Oktober Genosse Petros mit über 600 Stimmen Mehrheit gegen den klaralen Kandidaten zum Bezirkstag und in

Mühlhausen Genosse Emmel in den Landesausschuß gewählt.

Bei den Landtagswahlen im Herzogtum Sachsen-Abenburg-Gotha verloren wir 3 Mandate. Die Fraktion zählt jetzt 6 Abgeordnete. Die Wahl ist eine indirekte. In mehreren Kreisen halten es die Freisinnigen in der Hand, den reaktionären Agrarier auszuschalten. Doch der Hass gegen die „Noten“ verhinderte „ein aus der Rolle fallen“. Getreu den freisinnigen Tradition stimmen die Liberalen fast geschlossen für die Agrarier. In allen Wahlkreisen haben wir erfreulicherweise eine sehr erhebliche Steigerung unserer Stimmenzahl aufzuweisen.

Die Wahlen zu den Gemeindevertretungen bringen die Genossen allerorten das größte Interesse entgegen. In Baden fanden Parteigenossen in 56 Orten, insgesamt über 800 Vertreter, in den Gemeinden. Außerdem weist Baden noch 28 sozialdemokratische Gemeinderäte und 3 Bürgermeister auf. In Württemberg zählt die Partei in 61 Orten 112 Parteigenossen als Gemeinderäte und in 52 Orten 127 Parteigenossen als Bürgerausschusmitglieder. In Anhalt hat sich die Zahl der Gemeindevertreter von 12 im Jahre 1901 auf 40 gesteigert. Über den Ausfall der preußischen Landtagswahlen war den Fortschrittler der Stamm gewaltig geschwollen. Sie fühlten sich in gehobener Stimmung und gaben in hochländigen Phrasen der Zuberkeit Ausdruck, den Sozialdemokraten Berlins und der Umgegend bei den unmittelbar an die Landtagswahlen anschließenden Stadtverordnetenwahlen eine Anzahl Mandate zu entziehen. Bitter war die Enttäuschung der freisinnigen Wahlmacher. Bitter war die Enttäuschung der freisinnigen Wahlmacher. Am 27. November fanden die Wahlen für die dreitagswähltige Erneuerung des Stadtverordnetenkollegiums statt, woran die Partei mit 8 Mandaten partizipierte. Neben den glänzenden Behauptung des Besitzstandes eroberte die Partei noch fünf Mandate. Ebenso wurden in der Nachwahl am 31. Mai zwei Wahlbezirke mit den Genossen Leid und Dr. Arons behauptet. Dem Genossen Leid, dem durch gerichtliches Erkenntnis wegen Majestätsbeleidigung das Mandat aberkannt war, hatten die bürgerlichen Parteien einen Gegenkandidaten gar nicht gegenübergestellt. In dem andern Bezirk, der durch die Mandatenübereignung des Genossen Dr. Freudenberg frei geworden war, gingen die Stimmen des bürgerlichen Kandidaten um mehr als 300 zurück, während Genosse Arons die gleiche Anzahl Stimmen mehr bekam, als die Freudenberg vor 4 Jahren auf sich verehrte. Auch bei den Wahlen am 27. November hatten es die bürgerlichen Parteien unterlassen, in 6 Wahlbezirken Kandidaten aufzustellen.

Acht Erfolgswahlen wurden am 23. November in Charlottenburg vollzogen, von denen seither 1 im Besitz der Partei war, 5 Mandate wurden von den Genossen dazu erobert. In Brandenburg wurden 4 Mandate von den Genossen erobert. In Luckenwalde wurde die gesamte dritte Abteilung mit 953 gegen 88 Stimmen erobert. In Rummelsburg wurden 4 Genossen gewählt ohne Gegenkandidaten. Durch die Wahl am 4. November eroberten die Görlitzer Genossen zum ersten Mal 2 Mandate. Bielefeld behauptete seine 8 innegehabten Mandate und eroberte noch eins dazu. In Simmenau gewannen die Genossen von 9 freigewordenen Mandaten 4, trotzdem ihre Söhne sich auf 8 vermehrten. In Wernigerode erhielt Genosse Bartels 2 Genossen zur Unterstützung. Von 5 auf 10 Söhne erhöhten die Bernburger Genossen die Fraktion der Gemeindevertreter. Eine wertvolle Verstärkung erhielt die Fraktion in Magdeburg durch die erfolgreiche Wahl des Genossen Dr. Lambberg.

Waltershausen, ein thüringisches Städtchen mit 6000 Einwohnern, verlor seinen Stadtvater die Senatorenwürde. Zu derselben ist Genosse Denner, der Landtag abgeordnete für Waltershausen, aufgerufen. In Offenburg wurde Genosse Adolf Gack vom Stadtverordnetenkollegium mit 60 Stimmen zum Vorsitzenden-Stellvertreter gewählt. Gen. Quaßl, der als „Hecht im Karpfenteich“ im Frankfurter Stadtparlament sitzt, hat durch seine stetige Kritik einen Beifall in der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme

gebracht, wonach das versteuerbare Mindesteinkommen, an welches das Wahlrecht gebunden ist, von 1200 auf 900 M. herabgesetzt wird. Akzeptiert der Magistrat den Beschluß der Stadtverordneten, dann wird Genosse Quaßl sehr bald sozialdemokratischen Bezug erhalten.

Bei den Gewerbegerichtswahlen, die am 27. März v. S. in Esslingen stattfanden, siegte zum ersten Mal die Liste des Gewerbegerichtskartells mit 5873 gegen 5257 Stimmen der christlichen Gewerkschaften. Die letzteren legten Protest gegen die Wahl ein, dem sich das Gewerbegerichtskartell anschloß, denn es mußte zugegeben werden, daß die Wahllokalitäten ungünstig gewesen waren. Die Wahl wurde für ungültig erklärt. Die Neuwahl fand am 8. Januar statt. Beide Parteien brachten je 2000 Wähler mehr an die Urne als vier $\frac{3}{4}$ Jahr vorher. Die Liste des Gewerbegerichtskartells siegte mit 7888 gegen 7247 Stimmen der vereinten Gegner. Nach dem Proportionalwahlsystem wurden die Gewerbegerichtswahlen vollzogen in Düsseldorf, Oberhausen bei Augsburg, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Offenbach, Schwelm, Bamberg und Kaiserslautern. In der Unternehmerklasse entfielen auf die Liste des Gewerbegerichtskartells in Offenbach 1, in Karlsruhe 2, in Kaiserslautern 3 und in Frankfurt a. M. 10 Beifäßer.

In Köln, der Vaterstadt des Zentrumsabg. Trimborn, des Vaters des Antrages auf facultative Einführung des Proportionalwahlsystems bei den Gewerbegerichtswahlen, hat Herr Trimborn eine bittere Enttäuschung erlebt. Der aus 6 Arbeitgebern und 6 Arbeitnehmern bestehende Ausschuß des Gewerbegerichts lehnte einstimmig — einschließlich der drei Vorsitzenden — den ihm zur Begutachtung vorgelegten Antrag auf Einführung der Verhältniswahl ab. Bei den Gewerbegerichtswahlen mit 9566 gegen 5112 Stimmen der christlichen Gewerkschaften. Gleichzeitig siegte die Liste der Gewerkschaften in dem gut katholischen Koblenz. Ebenso in Trier. Weitere Siege der Genossen in der Gruppe der Arbeitnehmer sind zu verzeichnen in Charlottenburg, Schöneberg, Bielefeld, Danzig, Elsterberg, Dessau, Schwedt, Altenburg, Kassel, Rathenow, Cottbus und Breslau, wo die christlichen Vereine den Verlust machen, ihre Kraft zu erproben. Der Versuch schlug kläglich fehl.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In dem Breslauer Zweiggeschäft der Faloutsfabrik von Heinrich Freese haben sämtliche 12 Geschlosser die Arbeit niedergelegt, weil der Tarif zwar anerkannt, aber nicht innegehalten wird. — Der Glaserkredit in Berlin kann als beendet gelten, nachdem die Einigungsverhandlungen von Erfolg begleitet gewesen sind. Die Arbeit ist am Donnerstag wieder aufgenommen worden. — Die Steinseher in Eisenach sind wegen Ablehnung der eingerichteten Lohnforderungen in den Ausstand getreten. — Am Neubau der Dürkoppischen Fabrik in Bielefeld streiken die Maurer. Von der Fabrikleitung wurde zwei Fabrikmauren zugemutet, daß sie Streikbrecherarbeit verrichten sollten. Dieselben nahmen darauf ihre Entlohnung. — Die Studantene in Düsseldorf, etwa 50 an der Zahl, sind in eine Lohnbewegung eingetreten; sie hoffen, ihre Forderungen, zehnständige Arbeitszeit und 55 Pf. Stundenlohn, gerade jetzt bewilligt zu erhalten, weil zurzeit zahlreiche Bauten in der Ausführung begriffen sind. — Sämtliche Formier und Kettmacher der Firma Kloß in Dortmund haben am Montag nach abgelaufener Kündigung einstimmig die Arbeit niedergelegt. — Zwischen den Glaserzwangsimmung und dem Gesellenausschuss der Glasergehilfen in Frankfurt a. M. wurde ein Tarifvertrag vereinbart. Danach beträgt die tägliche Arbeitszeit 9 Stunden mit $\frac{1}{2}$ stündiger Frühstückspause. Der Mindest-

dankenswert die herabstürzenden Tropfen, die ihn wie ein bewegtes Gewitter von der Außenwelt schieden und einfüllten.

Wenn er die Ausführung seines Entschlusses vertagte, hatte er nicht ganz unrecht. Einen Bruch mit seinem Vater gab's zwar immer; aber es war doch nicht einerlei, ob er unter gelinderen oder heftigeren Formen statthatte. Der Bruder war für die Antragstellung in der Tat die ungelegte Zeit. Der Alte zeigte sich in den tiefsten Unmut versunken und ging mit einem Gesicht herum, das auch einem andern schreckend vorkommen wäre. Er hatte seinerseits erfahren, daß man die Streiche des Burschen und seine Abstrafe kannte, und daß sie beide in den Mäulern der Leute herumgetragen wurden. Er mußte sich denken, daß auch die Söhne unterrichtet sei, und daß die Hinführung, den Burschen mit ihr zu verheiraten, auf den schwächen Füßen stehe. Die Schande der Familie war dem Mann, der nach außen eine Art von Würde behauptet hatte, eben so empfindlich, wie der mögliche Verlust eines schon besessenen Vorwurfs ärgerlich und die Ungewissheit der Lage peinlich. Wer hätte an eine solche Person Worte richten mögen, welche die gärenden Stoffe zur Erkrankung bringen müssten. Tobias konnte froh sein, daß der Alte nicht anfangt; und er war es auch. Mit der Zeit wurde der Großvater ja doch anders — dann konnte man „in der Art“ mit ihm reden, und er nahm Raison an.

Vater und Sohn bedienten sich im unumgänglichen Verkehr der äußersten Einfältigkeit und soßen meist zusammen oder ließen unmeinander herum, als ob sie sich garnichts angehen. Tobias nähte mit immer größerem Eifer und schien an nichts anderes zu denken, als an die Stoffe, die unter seiner Künstlerhand Form gewinnen und Leute machen sollten. Auch durch Vareden von den übrigen Haushaltsgenossen wurde er nur wenig gestört.

Kasper, in alle Vorgänge und übeln Erfahrungen des Tobias eingeweiht, fühlte ein entschieden plausiblerliches

Bergnügen, daß er nicht unheimlich war, auf seinem Gesicht merken zu lassen. Die gute Walpurg dagegen empfand Mitleid, herzliches Mitleid. Der Streich, den Tobias gewagt, der Betrug, den er dem Vater gespielt hatte, schadete dem Burschen bei ihr nicht, sondern rüttigte ihr im geheimen ein bestalliges Lächeln ab. Nach ihrer Meinung war er völlig im Recht; und wenn sie die Härte des Alten auch begriff, so wünschte sie doch lebhaft, der Streit möchte damit enden, daß der Tobias seinen Willen durchsetze und die schone Pfarrmagd kriegt. Zunächst suchte sie ihn durch die Teilnahme ihres Blickes, die Sanftheit ihres Tons beim Morgen- und Abendgruß und, wenn sie mit ihm allein war, durch Anspielungen zu trösten, die ihn das Beste hoffen ließen.

Dem Regenwetter folgte ein „Saumwetter“, d. h. eins, das vorbereitende Arbeiten auf der Wiese gestattete, aber mit der Einheimung der Frucht zu säumen gebot, weil kleinere Regenschauer die völlige Trocknung verhinderten. Die Rohwendigkeit, das schön ziemlich verdorbene Heu noch ein paar mal umzulehren, war nicht geeignet, den Humor des Alten zu verbessern und sein Gesicht aufzuhüften; der Sohn fand für gut, das entscheidende Gespräch noch weiter zu verlagern und in jeder Beziehung erst gutes Wetter eintreten zu lassen.

So verging beinahe eine Woche, in der unsere Geschichte um keinen Schritte vorwärts rückte. Tobias sah weder die Säbe noch die Sibylle, und bekannte, die ihm begegneten, vertrieben lange nicht mehr das Interesse der sonntäglichen Schadenfreude, sondern gingen meist teilnahmslos an ihm vorüber. Die Ruhe seines resignierten Herzens wurde durch nichts gestört als an einem der letzten Tage durch eine Begegnung der Pfarrleute. Diese kamen miteinander, ohne daß seine Seele daran dachte, hinter einer Wandcke hervor, und der überraschende Anblick versetzte den Unvorbereiteten in eine Aufregung, die ihn fast ganz aus dem Seefang brachte. Auszuweichen und zu tun, als ob er sie nicht sahe, war un-

Der Sieg des Schwachen.

Erzählung aus dem „Nies von Melchior Mehrl.“

(19. Fortsetzung.)

v.

Die Wölfe, die sich erhoben und das kurze Gespräch unseres Liebespaars begünstigt hatten, brachten ein nächtliches Gewitter, und dieses hatte eine Reihe von Regentagen zur Folge. Die Bauernfamilien sahen sich auf Arbeiten in Stube und Stadel angewiesen und lebten jede möglichst für sich. In solchen Zeiten bietet das Dorf einen öden Anblick. Man sieht nur selten Leute über die Gasse gehen, und diese nicht im vorbeitosteten Aufzug; Weiber, die den veralteten Überrock wie eine Kapuze über den Kopf gezogen haben, Männer in abgeblümtem Zwitschtern und braunschwarzen Schafshut. Die grausigmütigen Wege und Plätze mit größeren und kleineren Regenlaichen gewährten kein sehr erfreuliches Bild, und das eintönige Prasseln und „Platschen“ machte auf die Dauer einen kaum anders als langweilig zu nennenden Eindruck. Glücklich diejenigen, die ihr Vergnügen nicht außen zu suchen haben, sondern in sich selbst und bei den Kindern finden. Solchen fröhlich klingt der fallende Regen wie Musik, und das bescheiden graue Tageslicht tut ihren Augen wohl; denn wer bei sich selbst daheim ist, dem wird alles heimlich.

Unser Bursche saß am Schreibtisch und rührte. Er war nicht glücklich; aber infolge des gesagten Entschlusses und des Abschlusses mit der Welt hatte doch eine gewisse Zufriedenheit in ihm Platz genommen. Der dunkle Himmel und das eintönige Geprassel harmonierten mit seiner Stimmung und schufen ihm ein düsteres Behagen. Ergebung und Hoffnung erfüllten sein Herz; er wußte, was er zu tun hatte, und brauchte sich dagegen auch nicht zu ächten, sondern konnte sich vorbehand noch ganz ruhig geben lassen. Zuweilen sah er von seiner Arbeit auf und betrachtete ge-

Lohn beträgt 45 Pf. die Stunde. Für Ueberstunden von 7 bis 10 Uhr werden 25, darüber hinaus und für Sonntagsarbeit 50 Prozent Aufschlag gerechnet. Für auswärtige Arbeiten sind besondere Bestimmungen getroffen. Der Tarif gilt bis zum 31. Juli 1906. — Die Schlosser in Münnich haben vor dem Gewerbege richt einen Tarifvertrag mit den Meistern abgeschlossen. Der Vertrag hat ein Jahr Gültigkeit und gilt als um ein Jahr verlängert, wenn ihn nicht eine der Parteien zwei Monate vor Ablauf gekündigt hat. Vorgesehen ist in demselben eine $9\frac{1}{2}$ -stündige Arbeitzeit und für selbständige Arbeiter ein Stundenlohn von 50 Pf.

Die mitteldeutsche Bauarbeiteraussperrung ist nun definitiv beendet. In allen beteiligten Städten stimmten die Bauarbeiterversammlungen dem Vertrag zu, dessen Gehalt wir bereits mitteilten. Die Arbeit ist bereits wieder überall in vollem Gange. Über die Kosten der Aussperrung machte in einer Schlussversammlung der Ausgesperrten Geiselle Bömelburg folgende Angaben: In Frankfurt, Darmstadt, Offenbach und Wiesbaden wurden in den vier Wochen 242 000 M. an Unterhaltung ausbezahlt. Der Mainzer Stell kostete im vorigen Jahre 55 000 M. und in diesem Jahre 62 000 M. Im ganzen Aussperrungsgebiete wurden in den letzten sieben Jahren über 400 000 M. für Lohnbeweisungen ausgegeben.

Der siebente Verbandstag der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen in Hamburg. Am Freitag wurde in der Statutenberatung fortgeführt. Nach langerer Debatte wurde angenommen ein Antrag Rotenburgsort: „Zahlstellen von 100 Mitgliedern an aufwärts haben die eingekassierten Gelder monatlich an die Hauptkasse abzuführen. Mit dem Betrage für den letzten Monat des Quartals ist die Quartalsabrechnung einzusenden.“ Fünfer der Antrag Harburg: „Das Statut soll vom Mitgliedsbuch getrennt herausgegeben werden.“ Abgelehnt wurden u. a. einstimmig Anträge, nur Kollegen als Delegierte zu wählen, die als Arbeiter tätig sind, nicht solche, die selbständig ein Geschäft betreiben, resp. Gauleiter nicht als Delegierte wählbar sein zu lassen. — Es folgte das Streifglement. Angenommen wurde der Antrag Neumünster: „Für jedes Kind wird 1 Mk. extra bezahlt.“ Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt resp. zurückgezogen.

— Die zur Geschäftsausordnung für die Versammlung gestellten Anträge wurden abgelehnt, die zum Reisereglement gestellten als erledigt angesehen, mit Rücksicht auf die Gewerkschaftsunterstützung begn. abgelehnt. Eine längere Debatte entspann sich über das Verbandsorgan, den „Proletarier“. Vorausgesetzt wurde u. a. Ständig ein 14-tägiges Scheinen und Aufstellung eines besonderen Redakteurs. (Heute erledigt der Vorstand die Redaktion im N-nenante) Brey-Hannover erklärte, daß angemäßt der beschlossenen Unterstützung und Aufstellung von Gauleitern zurzeit irgendwelche durchgreifenden Aenderungen völlig ausgeschlossen seien, da die Mittel dazu nicht vorhanden seien würden. Ja gleichem Sinne sprach Tomoschus-Schiffbeck. Franz Bieß-St. Georg empfahl dringend, mehr Mitarbeiter heranzuziehen, momentan zur Handlung der sozialpolitischen Geschäftsführung. Das Zeitungsreglement wurde wie folgt modifiziert: „Sind mehrere Angehörige einer Familie Mitglied des Verbändes, so ist ein Exemplar der „Gleichheit“ zu liefern. — Eine längere Debatte entspann sich über das Thema: Grenzfreitigkeiten der Verbände. Brey erklärte: Die meisten Stadtteilgruppen reiblätter aus der Stadtteillos unter den Fabrikarbeitern, die oft ihren Arbeitsberuf wechseln und von einem Beruf in den andern übertreten. Wo bleibt da die vielen Tausende Fabrikarbeiter, die aus unserer Verbände austreten? Auf diese werden von gewisser Seite formlich Jagd gemacht, weil man jährlich organisiert geweine Arbeiter viel leichter kopen kann, als jugendliche blonde, rote nicht organisierte geweine Arbeiter. Der Vorstand des Beamtenverbändes, Behrens, gab zu, daß in bezug auf die Grenzfreitigkeiten haben wir darüber gefräßigert werden müssen. Aus der Abrechnung des Fabrikarbeiterverbändes gehe hervor, daß die Kräfte durch Streik der Fabrikarbeiter, die mit braunen Arbeitgebern zu rechnen haben, schwer in Willedeinschafft gejagt werden. Bei der Beiträger von München zitierte, gehörten in seinem Rat 1500 Beamter dem Fabrikarbeiterverband an. Eijer-Frankfurt a. M. ist der Meinung, daß in der Frage Grenzfreiheit alle in seiner Provinz des Bezirkes gezeichneten Sozialisten ein Schlag ins Wasser seien, daß nur einzige und allia der Beamten jenseits der vielen pöllär arbeiten diese Sachefrage befürchten könnten. Was dieser sei um so leichter möglich, wenn die Beamtenstände und die Gewerkschaften etwas mehr Rücksicht zeigen, für jähr die jähr wirtschaftliche Krise zu interessieren. Wir befürchten, daß der nächste

mein; er wußte ihnen entgegen zu laufen vorüber-
gehend. Nach einem flüchtigen Blick in das Gesicht des
Spaniers, dessen Gesicht ihm nicht Gottes eindrücklichsten Schön-
heit, sondern die Rauheit und Lugie in Form und Gestalt des Teufels
die bestürzende Erscheinung gab Schon, während der Deutin
seine Hörner den höchsten Grad erreichte. — Zwei Sekunden
weiter erkannte er, daß ihm treß aller Verdacht wieder be-
grüßt war. Er sagte zu sich: Mußt also gar nichts an mir?
Fröhlich lächelte er den Spanier.

Um Sonnenuntergang trafen sich die Freunde in weißfahrt Grünau, besuchten später die Freudenauer Brauerei und der heutige Abend begann mit einem Spaziergang. Als wir durch die Biergärten zum Würzburg gingen, fragte ich, ob auch der Witz der Würzburg: „Sie lebst' eigentlich kein' Tag in de Stadt“ (d. h. nach Weißburg); ich lebte' allerdings noch Gefahr; aber ich habe keine trostlose Wahl mehr. — Die Würzburger waren, daß sie brauereiprästerin platt seien, die Grüneburg wünschen wollte. Soeben bewußtlos wurde und bekam einen kleinen Schlaganfall, denn er hätte sonst gar nicht dieses eindrückliche Erinnerungsbild hinterlassen können der Witz: Würzburger. Er wurde über die Schönheit der Frau und ihres Lächelns gesprochen, welche ihre Stellung war, und darüber warum

Wußt' denn kein' kleinen Gesäßchen, der Vater wüßt' trotzdem
nur, daß' Würfen nicht durch' Säbeln, auf demselben Hügel
Gebroche, durch' den Siegen gekriegt, sondern siehe am Siegen
lag, während die her' junge Schneider der Freude bei Siegen,
dem großen, kleinen, grünen Raum der Hoffnung und des
Vorwiegens eingegangen, jetzt soll gewünscht sein, dann wieder
gewünscht. Das Gegegnenheit dieser Erfüllung hörte der Siegen
wie ein besiges weinendes Kind. Wenn er seinem Sohn mit
seiner und sein Schwestern sprach, so schaute sie traurig ge-
winkt — kein' Mensch, kein' Kindchen will zu kommen; kein'

Gewerkschaftskongress die richtige Lösung endlich dafür finden werde. Unter allgemeinem Beifall erklärte Schulz Berlin, daß auch jetzt schon eine Einigung möglich wäre, wenn gegenseitig etwas mehr Toleranz geübt würde. Zum Schluß wurde der Vorstand einstimmig wiedergewählt; der Sitz bleibt in Hannover. Zum Ausschußvorsitzenden wurde Streb Offenbach gewählt. Das Protokoll wird den Mitgliedern zum Selbstlosenpreis geliefert.

Höhere Gerechtigkeit. Gegen ein Urteil des Königlichen Schöffengerichts, das einen Arbeiter zu einem Tag Gefängnis verurteilt hatte, weil er bei Gelegenheit eines Ausstandes einen Arbeitswilligen gestoßen und getreten hatte, hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten unter Berücksichtigung seiner Vorstrafen zu drei Monaten Gefängnis. — Den Richtern der ersten Instanz fehlte es höchstwahrscheinlich an dem rechten Verständnis für die staatsgefährliche

Schwere des „Verbrechens“! Zersetzung in der Gewerkschaftsbewegung.

In Berlin ist ein Verband der Tafelglasmacher gegründet worden. Seine Ziele sind dieselben, wie die des Glasarbeiterverbandes und es ist eigentlich schwer zu verstehen, warum sich die Tafelglasmacher nicht diesem bereits lange bestehenden Verband angegeschlossen haben.

Gebet und Klassenkampf. Aus der neuesten offiziellen Zeitung.

stellen „praktischen“ Anleitung zur Gründung kirchlicher

Gewerkschaften gräbt die „Berliner Zeitung“ folgenden un-
freiwillig humoristischen Satz heraus: „Eine christliche Ge-
werkschaft ist eine Interessenvertretung auf christlicher Grund-
lage, wesentlich ein Kampf- und Unterstützungsverein. Auf-
nahme stimmberechtigter Mitglieder aus andern Ständen ist
unzulässig, da sonst die entschiedene Interessenvertretung ge-
hemmt wäre. Man bespreche sich mit einigen gleichgesinnten
Freunden und gewinne diese für den Plan. Soll der
selbe Gott dem Herrn im Gebet vorgegetra-
gen, so habe man ein fröhliches Vertrauen auf gutes Ge-
lingen der guten Sache“. — Auf der einen Seite will man
die „Mitglieder aus anderen Ständen“, gemeint sind wohl
die Geistlichen und Lehrer usw., die die „christlichen Gewer-
kschaften“ am Gangsbande führen, endlich sich vom Halse
schütteln, auf der anderen Seite verquischt man Religionss-
überzeugen mit dem gewerkschaftlichen Kampf. Wunderliche und
sonstige Heilige!

Im Wahlkreise Gorau-Forst wurde beschlossen, der Kreisvorstand solle mit den Gewerkschaftsorganisationen des Wahlkreises in Verbindung treten zwecks Errichtung eines Arbeiterssekretariates.

Die sozialdemokratischen Gast- und Schenkwirte beschäftigen, sich zu einem über ganz Deutschland sich ausdehrenden Verbande zusammenzuschließen. Es ist zu dem Zweck eine Konferenz einzuberufen, die am Mittwoch den 7. September 1904, in Berlin bei B. Franz, Sebastianstraße 39, vormittags 9 Uhr, stattfindet. Die provisorische Tagesordnung lautet: 1) Gründung eines Verbandes sozialdemokratischer Gast- und Schenkwirte Deutschlands. Referent: B. Löffler. 2) Statutenberatung. 3) Wahl des Vorstandes und des Ausschusses. 4) Gründung eines Verbandsorgans. 5) Wahl eines Redakteurs. 6) Anträge und Verhandlungen.

Die Jenauer Parteigenossen haben den Antrag an den Parteitag in Bremen gestellt, als nächstes Kongressort die Weimarer Universitätsstadt zu wählen. Um die Vorzüglichkeit der Jenaer Volksverhältnisse jedem Delegierten ad oculos zu demonstrieren, haben die Jenauer Genossen Räte des großen Volkshauses herstellen lassen und wollen jedem in Bremen eine solche überreichen lassen.

Die deutsche Delegation zum Internationalen Sozialistenkongress in Amsterdam besteht aus folgenden Gruppen: A. Vertreter der sozialdemokratischen Partei: Bader, Magdeburg. Bändert, Sachsen-Weimar. Bebel, Reichstagsfraktion. Büchner, Berlin. Ebert, Bremen. Edmann, Köln und Kreis. Enßl, Berlin. Ficker, Ober-Barnim. Freiald, Flak. Frohne, Schleswig-Holstein. Gewehr, Niederrhein. Graswaldt, Hamburg I. Hag. II Hannover und II. Überburg. Laden, IV., V., VI. Sachsen. Rautenkranz, Leipzig. Roth, Baden. König, westliches Westfalen. Kunze, Stettin. Lepenius, Bromberg. Röder, Hamburg III. Wollenweber, Reichstagsfraktion. Reitner, Elsass-Lothringen. Röhr, Anhalt. Bieckel, Reichstagsfraktion. Pfeiffle, Baden. Storin, Mecklenburg. Pollender, Leipzig. XI. Sachsen. Dierd, Frankfurt a. M. Schwarzkopf, Südbad. Sporka, Württemberg. Stadhagen, Niederrhein. Stengele, Hamburg II. Trapp, Paris. Ossolab. Ulrich, Hessen. Werner, Berlin. Würschitt, Hinseloe. Baum, Steinf. i. S. Dohm, Hannover. Wulf, Berlin. Pfeiffer und Dohm, Franken.

die Bäbe hatte bis jetzt nur etwas über hundert und fünfzig
Gäden erpaßt. Freilich war sie geschickt, arbeitsam und
brauchte wenig; aber mit dem gemeinsamen Vermögen
konnten sie auch nicht eine mittelmäßige Sölden laufen, ohne
bedenkende Schulden zu machen; und wenn dann Kinder
kamen — ! — So seinem Fazern pieg der lebhafte Wunsch
auf: er möchte mit dem Vater gätsch auseinanderkommen
und sich bewegen, ein Uebriges zu inn; denn das konnte der
Vater, wenn er wollte. — Die Notwendigkeit, mehr Geld zu-
fassen zu bringen, erütherte ihm so dringend, daß er bei sich
überzeugte, sein Gejchäf bestcheiden vorzutragen, etwaige harte
Rüthen fürs gefallen zu lassen und alles zu versuchen, um
das zitternde Herz zu erweichen, denn es handelte sich um
das Glück der Bäbe, und da war es keine Schande, zu tun,
was die Einfachheit gebot! Der Auftritt konnte erg. sehr
lang werden — der Vater konnte sich lange „spreissen“; aber
Kasper auf eindringlichen Erfolg gab unfehlig auch den Um-
schwung, daß der Plan mit der Söldle durch das Bekannt-
werden seiner Erfolgen doch gewiß einen bedenkenden Rück-
schlag hätte.

Die Stadt lag vor ihm. Der Gang durch die auch nachmittags noch immer belebten Straßen und der Besuch der verfünftenen Flussläden, nebst Fragen, Scherzen und Geisschen gegen ihn aus den siebzehn Gebinden es und machte ihn ganz zum zufriedenen, seinem Vorzüchtlings entzogenen Bauer. Nachdem er alles möglichst wohlauf eingekauft hatte, schlenderte er zwischen durch die Straßen, größte und kleinste gegenseitig und freute sich der Städteleute wie der Bäuerle, die einen gewöhnlichen Markt für ihn hatten. Gähnlich empfand er einen kleinen Durst, und da er sich erinnerte hatte, daß gegenwärtig bei keiner Miet der Gemeinde saß, lebte er bei niemandem ein.

Deutschlands. B. Vertreter der Gewerkschaften: Bischoff, Verband der Schmiede, Verband der Graveure und Eisenleute, Verband der Kupferschmiede. Bringmann, Zimmerer-Verband. Böck, Schuhmacher-Verband. Cohen, Metallarbeiter-Verband. Decker, Hafenarbeiter-Verband. Döckmann, Tabakarbeiter-Verband. Döring, Hafenarbeiter-Verband. Dupont, Bildhauer-Verband. Friedeberg, Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften und Gewerkschaftskartell von Berlin und Umgegend. Haack, Metallarbeiter-Verband. Josephson, Handlungsgehilfen-Verband. Kater, Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften und Gewerkschaftskartell von Berlin und Umgegend. Klein, Zentralverband der Maschinenisten. Kretschmar, Bäcker-Verband. Kübe, Zimmerer-Verband. Leipart, Holzarbeiter-Verband. Müller, Zentralverband der Seeleute. Oellrich, Werstarbeiter-Verband. Pöplow, Maurer-Verband. Köcke, Holzarbeiter-Verband. Schliefe, Metallarbeiter-Verband. Schmidt, Holzarbeiter-Verband. Schrader, Zimmerer-Verband. Schumann, Transportarbeiter-Verband. Simon, Schuhmacher-Verband. Steinburg, Handlungsgehilfen-Verband. Stühmer, Schneider-Verband.

Aus Nah und Fern.

„Das kann jeder sagen.“ Die Zahl der polizeilichen Missgriffe ist um einen sehr krassen Fall, der sich in Thorn zutrug, bereichert worden. In einem der letzten Abende ging, wie man der „Berl. Volksztg.“ schreibt, die verheiratete Schauspielerin Fahn, die in Thorn ihre Niederkunft erwartet, mit ihrem Mann die nach Mocker führende Straße entlang. Das Ehepaar geriet unterwegs in Meinungsverschiedenheiten miteinander, die in einem Wortwechsel auslängten. Bößlich trat ein Schuhmann an die Frau heran und sagte ihr, sie sei eine lächerliche Dirne und müsse ihm zur Wache folgen. Der Einwurf des Mannes, daß es seine Frau sei, wies der Schuhmann barsch mit den Worten zurück, „das kann jeder sagen.“ Trotz des Protestes beider Personen wurde die Frau auf die Polizeiwache geführt und mußte bis zum anderen Morgen im Polizeigewahrsam bleiben. Während der Nacht kam der Schuhmann wiederholt in die Zelle und hielt der Frau Fahn vor, daß sie einen lächerlichen Lebenswandel führe und sogar schon in anderen Umständen sei. Am anderen Morgen sollte Frau Fahn von dem Polizeiarzt untersucht werden, der hiervon Abstand nahm, als die Fahnsierte ihm ihr Schicksal erzählte. Vom Polizeiinspektor wurde die Frau mit den Worten entlassen: „Es wird sich alles aufklären!“ Bis heute ist aber noch keine Auflösung des standalösen Vorfalles erfolgt, trotzdem der Missgriff offen zu Tage liegt.

Man darf einem Gendarmen keine Nase drehen. Vor dem Schöffengerichte Speyer a. Rh hatte sich der Schiffer Jakob Nord zu verantworten, weil er gelegentlich der Generalmusterung im Vorzimmer des betreffenden Lokales, wo sie stattfand, mit dem Gendarmeriewachtmeister Binder eine kleine Auseinandersetzung hatte, in deren Verlauf er dem Wachtmeister eine „Nase drehte.“ Der Wachtmeister fühlte sich durch diese Handlung in seiner Beamtenehre gekränkt, und zog den Schiffer zur Rechenschaft. Das Gericht erkannte denn auch den Nord wegen öffentlicher Beleidigung schuldig und verurteilte ihn zu 5 Mark Geldstrafe event. 1 Tag Gefängnis. Das Vaterland und die Beamtenehre sind wieder intakt.

Militärjustiz. Wegen Fahnenflucht hatte sich vor dem Oberkriegsgericht in Karlsruhe der Soldat Josef Leber aus Offenburg zu verantworten. Er war im Februar d. J. zum 110. Infanterie-Regiment in Mannheim einberufen. Am 27. Juli entfernte er sich von seinem Truppenteil, kehrte am 28. Juli aber wieder zurück. In der Verhandlung vor dem Kriegsgericht gab er an, nicht die Absicht gehabt zu haben, sich von seinem Truppenteil zu entfernen; er hätte sich betrunken, was auch durch vier Zeugen bestätigt wurde. Das Kriegsgericht verurteilte Leber zu zehn Monaten Festung und Degration. Es wurde gegen das Urteil Berufung eingelegt. Zur Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht wurden nur zwei Zeugen geladen, ein Schützmann und ein Unteroffizier, die in der ersten Verhandlung angegeben hatten, daß Leber nicht desertieren wollte. In dieser Verhandlung erklärten diese Zeugen und blieben auch dabei, daß Leber doch die Absicht hatte, zu desertieren. Auf Grund dieser Aussagen wurde der Angeklagte wegen Fahnenflucht zu sechs Monaten Festung und Degradation verurteilt. Eine sehr harte Strafe für eine Dummkopfheit, die ein junger Mensch wohl ohne Absicht getan hat.

Er setzte sich in eine Ecke und bemerkte mit Vergnügen, daß kein Mensch aus seinem Dorf in der Stube war, dem die Langeweile vielleicht getrieben hätte, ihn durch Aufziehen aus seiner Ruhe zu stören. Das Bier war vorzesslich, ebenso stark als angenehm schmeckend, und er leerte ziemlich schnell seinen Maßkrug. Während des Laufens hatte sich auch das Mittagessen wieder in ihm „gesetzt“, er fühlte nach Stillung des Durstes Appetit, ob zwei Groschenwürste und einem „Kemmliger“ (Weißbrot mit Kämmel bestreut), ließ sich noch eine Ratsch geben und hatte Wohlgefühl wie seit langer Zeit nicht.

Als er so dastößt, kam eine Person aus seinem Dorf, aber eine ungefährliche — ein gutes altes Weiblein. Tobias rief ihr gleich freundlich zu, sie möge sich zu ihm setzen. Die Alte zeigte sich von einem ungewöhnlichen Bergnügen belebt, und wie sie am Tisch ankam, rief sie: Ach, Tobias, es ist gut, daß ich dich treff! Aber ich hab' eine Freude! — Nun, fragte der Schneider die Witwe, die sich neben ihm setzte und ihre Röde auf der Bank zurechtzog, was ist denn Gott's angelommen? — Die Alte langte in ihre Seitentasche, zog ein zerkrüppeltes Papier heraus und sagte: Was meinst du jetzt, daß ich da hab'? — Einen Brief, erwiderte Tobias. — Ja, aber von wem und woher? — Nun, vielleicht vom Herrn Rebek' in Augsburg! — Nein, von meinem Andress aus Amerika! — Was nicht noch! rief Tobias. Und der schreibt also gut! — O ganz gut, versicherte die Alte: er verdient sich ein schönes Geld und lebt wie ein Graf. Da lies selber! — Der Schneider, teilnehmend und neugierig nahm, entfaltete bedachtsam und fing an zu lesen, und zwar für sich und das Weiblein mit voller Konzentration.

ab, mit halblunter